

g plötzlich alles ganz schnell



Besiegelt

An der Medienkonferenz gestern Abend informierten der Bund sowie die Spitzen von CS und UBS.

Finanzplätzli mit einem Koloss

KOMMENTAR



CHRISTIAN KOLBE
Wirtschaftsredaktor

Der Fall Credit Suisse ist auch ein Fall Schweizer Finanzplatz. Denn die Schweiz hat geschlafen und viel zu lange zugeschaut, wie die einst stolze Escher-Bank sehenden Auges in den Untergang schlitterte. Zwar heisst es nun, dass Finma und Nationalbank spätestens seit Oktober – als die Kunden begannen, Milliarden abzuziehen – der CS genau auf die Finger geschaut haben.

Viel gebracht hat es nicht. CS-Präsident Axel Lehmann (64) durfte weiterhin ungestraft seine Frohbotschaften verbreiten. So redete er im Dezember die Abflüsse von Kundengeldern schön und versprach, der Kurs der CS-Aktie könne nicht unter 2.52 Franken fallen. Zuletzt schloss er letzte Woche aus, dass die CS auf Staatshilfe angewiesen sein könnte.

Damit zumindest hatte er recht: Staatshilfe braucht die CS tatsächlich keine mehr, sie ist untergegangen. Doch warum sind die Behörden nicht schon viel früher eingeschrit-

ten, als immer klarer wurde, dass der Umbauplan der Bank nicht aufgehen kann – auch weil die künftige Ertragsbasis der CS aufgrund der Geldabflüsse immer mehr erodierte?

Wieso gab es keine Alarmsignale von all den anderen Schweizer Banken, die hätten spüren können, dass es der grossen Konkurrentin immer schlechter geht? Die Kunden der CS haben sie gerne genommen, sich aber um den Ruf des Finanzplatzes zu wenig Gedanken gemacht.

Warum brauchte es erst den Druck ausländischer Aufsichtsbehörden und Finanzministerien, bis sich die Schweizer endlich zusammengesetzt und quasi über Nacht eine Notlösung gezimmert haben? Eine Lösung, die wenigstens die beste aller schlechten Lösungen ist.

Fragen, die dringend beantwortet werden müssen. Denn zurück bleiben fast nur Verlierer. Die Aktionäre, die gerade noch einen Brosamen für ihre Aktie bekommen. Die Kunden, die nun mit weniger Wettbe-

werb unter den Banken rechnen müssen. Die Angestellten der CS, von denen wohl viele ihren Job verlieren werden. Und an erster Stelle der Finanzplatz Schweiz. Über Nacht ist er zu einem Finanzplätzli geworden – mit noch einer einzigen Grossbank, die wie ein Koloss über allem thront.

Ein Finanzplatz, der erst mal all seinen ausländischen Kunden erklären muss, warum sie ihr Geld wieder oder weiter bei einer Schweizer Bank anlegen sollen. Denn mit dem Vertrauen, das die CS verspielt hat, ist auch viel Vertrauen in das «Swiss Banking» verloren gegangen.

Immerhin: In letzter Minute hat es die Schweiz geschafft, eine globale Finanzkrise mit Ausgangspunkt in der Schweiz abzuwenden – hoffentlich jedenfalls. So gesehen sind die internationalen Finanzmärkte die einzigen Sieger beim Untergang der traditionsreichen Schweizer Grossbank Credit Suisse.



Staatshilfe

SNB-Präsident Thomas Jordan auf dem Weg zur Krisensitzung im Bernerhof.

Darum dürfen weiterhin Boni fliessen

Trotz Milliardenhilfe für die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS will der Bundesrat keine Restriktionen bei Auszahlung von Boni verhängen. Bei der Liquiditätshilfe der Nationalbank an die Credit Suisse handle es sich nicht um eine Staatsrettung, sondern um eine private Übernahme, begründete Finanzministerin Karin Keller-Sutter (59) an der Medienkonferenz gestern Abend. An der nahmen jedoch vor allem Staatsvertreter teil – und bloss zwei Banker. Das Bankengesetz sieht vor, Boni in solchen Situationen zu unterbinden. Es heisst darin, wenn einer systemrelevanten Bank direkt oder indirekt Beihilfe aus Bundesmitteln gewährt werde, könne der Bundesrat Massnahmen im Bereich der Vergütungen anordnen. Und damit die Auszahlung von Boni verbieten. Boni für CS-Banker bleiben aber möglich. Der «Tages-Anzeiger» hatte aus den Geschäftsberichten errechnet, dass die CS seit 2013 zwar kumuliert 3,2 Milliarden Franken Verlust machte, die Top-Manager aber im selben Zeitraum 32 Milliarden Boni einsteckten.

SOPHIE REINHARDT



Entscheidung

Bundesräte und Spitzen von Finma und SNB besprechen sich am Rande der Medienkonferenz.

«Schande fürs Land»

Für den Präsidenten der Grünen, Balthasar Glättli (51), war es eine «Kultur der Verantwortungslosigkeit», welche die Voraussetzungen zum Debakel geschaffen habe. Das Parlament habe es verpasst, eine «Too big to fail»-Gesetzgebung zu machen, die im Krisenfall funktioniert. Entstanden sei nun eine Monsterbank.

Auch für die Grünliberalen ist die CS-Übernahme wohl die am wenigsten schlechte Lösung. Die Partei kritisierte jedoch in einer Mitteilung, dass die Risiken nicht früher erkannt wurden: von der Finanzmarktaufsicht, der Nationalbank, dem Bundesrat und der CS selbst. «Die Verantwortung trägt das (Miss-)Management der CS», hiess es.

Die SVP sieht die CS-Krise als Folge von «Misswirtschaft und FDP-Filz». Schweizerinnen und Schweizer müssten mit Milliarden Volksvermögen für diese Fehler geradestehen, schreibt die SVP. Sie kritisiert auch das überstürzte Handeln des Bundesrats. Die Partei warnt davor, dass die UBS zum nächsten gefährlichen Sanierungsfall werden könnte. TOBIAS OCHSENBEIN

Wirtschaftsjurist Peter V. Kunz (57) warnt

«Die Saudis könnten die Schweiz verklagen»

Die UBS hat gestern die Credit Suisse für drei Milliarden Franken übernommen. Es ist das Ende einer Vorzeige-Institution des Schweizer Finanzplatzes. Rechtsprofessor Peter V. Kunz (57) nimmt im Blick-Interview Stellung.

Blick: Die UBS rettet die CS – ist das die beste aller schlechten Lösungen für die Schweiz?

Peter V. Kunz: Die UBS hat nicht die CS gerettet und auch nicht die Schweiz. Die Aussage von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die sich bei der UBS dafür bedankt hat, ist lächerlich. Die Herren und Frauen bei der UBS haben knallhart gerechnet. Sie sind keine wohlthätige Bank – sondern ein Unternehmen, das Gewinn erzielen will. Das ist auch richtig so. Aber dann sollte man auch so ehrlich sein und das sagen.

Also ist die UBS die grosse Gewinnerin?

Die UBS erhält für einen Spottpreis eine offenbar voll funktionierende Bank. Das ist ein herausragender Deal. Sie kann nun die profitablen Sparten der Credit Suisse behalten – und den Rest abstossen. Das Management der UBS hat sicher noch gestern Abend mit einem Cüpli auf diesen Deal angestossen. Für mich gibts aber noch viele Fragezeichen.

Welche?

Das Grundprinzip einer Übernahme ist mir klar. Wie das aber genau vonstatten gehen soll, ist völlig unklar geblieben. Die Bundesräte, der SNB-Direktor und die Bankchefs haben an der Medienkonferenz gestern Abend ein ganz schlechtes Bild abgegeben. Sie konnten zentrale Fragen zu Preis oder Fristen



Rechtsprofessor Peter V. Kunz.

nicht beantworten. So wusste zum Beispiel keiner gestern Abend um 21 Uhr, ob in zwölf Stunden die CS-Aktien noch gehandelt werden. Da fragt man sich schon, was die Herren und Frauen am Wochenende genau gemacht haben, wenn sie eine solch simple Frage nicht beantworten können.

Sie haben kein gutes Gefühl.

Nein – wie auch? Offensichtlich hat man sich mit den wichtigen Fragen nicht befasst. Die Saudis haben im Herbst 2022 mehrere Milliarden in die Credit Suisse investiert. Die Nationalbank Saudi-Arabiens hält seit her als grösste CS-Aktionärin 9,9 Prozent. Vier Franken pro Aktie hat sie das gekostet. Und jetzt werden die Saudis faktisch vom Schweizer Staat enteignet, indem der Bundesrat per Notrecht bestimmt, dass die Aktionäre nur noch 76 Rappen pro Aktie erhalten. Denken Sie, die Saudis lassen sich das gefallen?

Haben sie denn eine Wahl?

Das wird sich zeigen. Dass die CS-Aktionäre zum Deal gar nicht mehr gefragt werden, ist eine völlig aussergesetzliche Regelung. Der Bundesrat begründet dies mit dem Notrecht. Aber am Freitag sagte man der Öffentlichkeit noch, dass die Bank liquide sei und kein Notfall bestehe. An dieser Aussage könnten die Grossaktionäre den Bund festnageln. Klagen werden kommen. Es ist gut möglich, dass die Saudis den Bund direkt wegen der CS einklagen werden.

Sind auch Klagen von Kleinaktionären zu erwarten?

In der Schweiz wäre das juristisch zwar möglich, aber praktisch ist es undenkbar. In der Schweiz gibts keine Sammelklagen. Hiesige Kleinaktionäre werden die Verluste auf den CS-Aktien in Kauf nehmen müssen – so unfair das auch ist. Anders sieht es in den USA aus, dort ist die CS bereits mit Sammelklagen von Kleinaktionären konfrontiert. INTERVIEW: NICOLA IMFELD